

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Bierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Einfach-Bund)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 49.

Berlin, Mittwoch, 19. Juni 1912.

Vierundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Es geht auf die Höhe. — Löhne und Haushaltskosten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Es geht auf die Höhe!

Die Konjunktur des deutschen Wirtschaftens dürfte seinen Höhepunkt fast erreicht haben. Schon melden sich allerlei Anzeichen dafür, daß es bald wieder abwärts geht. Die Hochkonjunktur hat den Zustrom von Arbeitskräften in die Großstädte und Industriezentren gewaltig anschwellen lassen. Noch sind Industrie und Gewerbe voll beschäftigt, aber sie können doch nicht das wachsende Angebot von Arbeitskräften in den Großstädten in sich aufnehmen. Die Auswanderung aus Deutschland hat erfreulicherweise fast ganz aufgehört, während umgekehrt die Zuwanderung fremdländischer Arbeiter zum deutschen Arbeitsmarkt immer noch im höchsten Grade begriffen ist. Wir haben in Berlin fast 7000 arbeitslose Polzarbeiter. Hier mag auch der obligatorische Arbeitsnachweis nachteilige Wirkungen, die vorher nicht erwartet werden konnten, hervorgebracht haben. Vor allem sind es junge Gesellen, die nach Berlin kommen. Ihre Einreise in den Arbeitsnachweis erfolgt sofort nach Meldung, und so werden sie dann der Reihe nach eingestellt. Die Möglichkeit, in Berlin Arbeit zu bekommen, fördert diesen Zustrom und macht so das Angebot von Arbeitskräften immer größer, und die Zahl der anlässigen überflüssigen Arbeitskräfte vermehrt sich in entsetzender Weise. Ältere Arbeiter mit Familie werden arbeitslos, und die Frist, bis zu welcher sie wieder in Arbeit kommen, verlängert sich immer mehr. In den kleinen Städten hingegen fehlt es oft genug an Arbeitskräften. Aber auch in den meisten der anderen Berufe in den Großstädten steigt sich das Angebot von Arbeitskräften, und an ungelerten Arbeitern gibt die Landwirtschaft trotz ihrer Leutenot immer größere Mengen an die Großstädte ab. Wir möchten die deutsche Arbeiterkraft auf diese Dinge aufmerksam machen, damit sie den Schluß daraus ziehe, die Abwanderung in die großen Städte zurückzuhalten, soweit dies nur möglich ist. Bei dem großen Angebot von Arbeitskräften an den Hauptplätzen des gewerblichen und industriellen Lebens wird es auf die Dauer nicht möglich sein, die erträglichen Löhne, die für das Leben in der Großstadt nötig gebraucht werden, aufrecht zu erhalten. Im Herbst und kommenden Winter kann es schon zu vielfachen Zusammenbrüchen kommen, weil der Geldbedarf der Industrie nicht mehr in vollem Umfang gedeckt werden kann. Von 1898—1909 stieg die Zahl der Konkurse im Deutschen Reich von 7364 auf 11 005.

Die großen Unternehmungen sind geneigt, die Erfindung der zunehmenden Konkurrenz zum Teil auf die Steuern und sozialen Lasten zurückzuführen, die der Industrie auferlegt worden sind. So behauptete der einzige Jahrbuch der Generaldirektor der Eisenbahn Bergwerks-Aktiengesellschaft, daß im Jahre 1873 diese Gesellschaft bei ihrer Begründung an Staats- und Gemeindesteuern und sozialen Lasten nur 4,63 Proz. des Reingewinnes beizubringen gehabt hätte, während dieser Anteil im Jahre 1908 auf 34,18 Proz. des Reingewinnes gestiegen sei. Die „Arbeitsberzta“ behauptet, daß man, da inzwischen die sozialpolitischen Lasten noch weiter gesteigert worden seien, ohne sich einer Ueber-treibung schuldig zu machen, gegenwärtig die durchschnittliche Belastung der Bergwerksunternehmungen auf 70 Proz. des Reingewinnes schätzen dürfe. Im Königl. Preussischen Landesökonomie-Kollegium hat der Führer des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim-Kleinpiegel, darüber

lebhaft Klage geführt, daß die Industrie so viel Arbeitskräfte vom Lande, namentlich Jugendliche, aufzuehe. Es müsse daher die Frage aufgeworfen werden, ob es volkswirtschaftlich richtig sei, fortwährend einer Ausdehnung unserer Industrie nachzugehen, die seiner Auffassung nach über das nationale Interesse hinausgehe. v. Wangenheim führt dies zurück auf die sozialen Lasten, die von der Industrie zu tragen wären und diese jünger, durch fortwährende Vergrößerung der Betriebe den erwünschten Ueberjähren im kapitalistischen Interesse zu erhalten, weil sonst der Abzug für soziale Lasten ein verhältnismäßig zu großer sein würde. Die „Arbeitsberzta“ akzeptiert mit Tausend dieses wertvolle Geständnis.

v. Wangenheims Auffassung, daß die Ausdehnung unserer Industrie nicht im nationalen Interesse liege, weil sich die anderen Länder doch gegen uns abschließen, und es dann bald nicht mehr möglich sein werde, unsere Industrieprodukte im Auslande unterzubringen, ist ebenso falsch, wie seine Auffassung nicht zutrifft, daß die Industrie der sozialpolitischen Lasten wegen sich immer weiter ausdehnen müsse. Die Herren vom Bunde der Landwirte übersehen daneben völlig, daß sie es ja in der Haupt Sache sind, die durch ihre maßlosen Forderungen auf Schutz der landwirtschaftlichen Produkte die Konkurrenzländer Deutschlands dahin gebracht haben, hohe Zölle auf die von uns auszuführenden Waren zu legen.

Wir sehen das Hauptübel in der grenzenlosen Steigerung der Lebensmittelpreise. Die Massen verbrauchen ihr Arbeitseinkommen in vollem Umfange für die Deckung der Beköstigung und der Wohnung und sind daher auf dem industriellen und gewerblichen Markte zwar wichtige Mitproduzenten aber keineswegs in ausreichendem Maße Mitkonumenten. Die Steigerung der Lebensmittelpreise zwingt die Industrie, die Löhne immer wieder zu erhöhen, ohne daß die Lage der Arbeiter dadurch wesentlich gebessert und ihre Kaufkraft in entsprechendem Maße zugenommen hätte. Den Arbeitern auf dem Lande und in den Kleinstädten erdeihen die Löhne in den Großstädten und Industriezentren ungewöhnlich hoch, und so haben sie den Wunsch, an diesem Lohnsteigen teilzunehmen. Dieser Wunsch kann auf dem Lande und in den Kleinstädten keine ausreichende Erfüllung erfahren, und darum wandern sie von dort aus und gehen in die Großstädte. So erweitert sich die falsche Wirtschaftspolitik mit ihren einseitigen Ueberreibungen zugunsten der Großlandwirtschaft als die hauptsächlichste Ursache für die Entvölkerung des platten Landes und die Ueberföderung der großen Städte. Biergegen wirkt nur ein Mittel: Die Ansiedlung und Schaffung von Arbeitern auf dem Lande. Die Großlandwirtschaft kann sich nur unter dem Schutze hoher Zölle auf Kosten der soliden Entwicklung unseres Wirtschaftslebens in Stadt und Land halten. Die intensive Bodenbewirtschaftung durch bäuerliche Betriebe unter Mitwirkung angeheuerter Arbeiterfamilien, die den wichtigsten Teil ihres Lebensunterhaltes von eigenem Boden ernten, ist allein geeignet, die Abflutung vom Lande in die Großstädte aufzuhalten. Der zunehmende Wohlstand auf dem Lande würde auch die kleineren Städte befruchten und ihre gewerbliche Entwicklung fördern. Wenn hierin nicht bald rationell vorgegangen wird, dann sind Katastrophen unvermeidlich.

Es unterliegt jedenfalls keinem Zweifel, daß die Arbeitslosigkeit im kommenden Winter sich wieder erheblich steigern wird, und daß dann zahlreiche Arbeiterfamilien wieder in große Not geraten, wenn die Männer und Frauen der Arbeit es immer noch veräumen, sich den Gewerkevereinen anzuschließen, die Arbeitslosenunterstützung gewähren

und so den Arbeitslosen helfen, schlechte Zeiten, die sich wieder haben, zu überwinden. Das Maß der Arbeitslosigkeit wird beeinflusst von dem Ausfall der Ernte. Manches spricht dafür, daß diese eine gute wird. Immerhin wollen die Preise der Lebensmittel noch nicht heruntergehen. In jedem Falle tut die Arbeiterkassette gut daran, sich durch den rechtzeitigen Eintritt in die Organisation das Recht auf Hilfe in den Tagen der Not zu sichern.

A. G.

Löhne und Haushaltskosten.

A. G. Es ist mehrfach behauptet worden, daß die herrschende Verteuerung der wichtigsten Nahrungs- und Genussmittel in ihrer Wirkung auf die Lebenshaltung der breiten Volksschichten wieder ausgeglichen werde durch die gleichzeitig erfolgte Steigerung der Löhne. Es ist zwar nicht zu bestreiten, daß die *e i g e n d e* Konjunktur eine Zunahme der Arbeitslosigkeit und in Verbindung damit eine Erhöhung des Arbeiterverdienstes in den meisten Gewerbezweigen gebracht hat. Der Steigerung der durchschnittlich pro Arbeiter gezahlten Lohnsummen entspricht jedoch fast durchweg auch eine Zunahme der Arbeitsleistung. Nur in relativ geringem Maße ist jedoch dem Faktor Arbeit wirklich ein Teil von dem durch Erhöhung der Warenpreise gesteigerten Produktionsertrage zugefallen. So kommt es, daß die Erhöhung des Arbeitsverdienstes fast durcweg mit der Verteuerung der Lebenshaltung nicht Schritt gehalten hat. Die alltägliche Lage des Kohlenarbeiters hat eine ganz erhebliche Steigerung der Produktion in den deutschen Bergwerksrevieren und infolgedessen auch eine Zunahme der Arbeitsgelegenheit herbeigeführt. Die Zahl der pro Arbeiter verfahrenen Schichten ist im Steinkohlenbergbau Preußens von durchschnittlich 73,3 Schichten im ersten Quartal 1911 auf 76 im ersten Vierteljahr 1912 gestiegen. Der durchschnittliche Schichtverdienst erhöhte sich gleichzeitig von 4,26 auf 4,42 Mk. pro Arbeiter. Dementsprechend ist der Quartalsverdienst von 319 auf 335 Mk. pro Kopf gestiegen. In den einzelnen Steinkohlenrevieren war die Bewegung des Verdienstes ziemlich ungleichmäßig, wie ja auch die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes allenthalben ziemlich erhebliche Verschiedenheiten aufweisen. Es ist daher von besonderem Interesse, die Bewegung der Haushaltskosten in Vergleich zu setzen zur Entwicklung der Lohnverhältnisse. Der höchste durchschnittliche Quartalsverdienst wurde im ersten Vierteljahr 1912 berechnet für den D. B. A. Dortmund mit 371 Mk. gegen 356 Mk. im Vorjahre. Mit hin ist dort der durchschnittliche Bodenverdienst eines Bergarbeiters von 27,38 auf 28,54 Mk. oder um 4,2 Proz. gestiegen. Berechnet man die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes einer vierköpfigen Familie, Eltern und zweier Kinder, in der Weise, daß man die dreifache Verpflegungseration des deutschen Marinejünglings zurunde legt, so erhält man nach den Lebensmittelpreisen im März 1912 für Dortmund eine Indexziffer von 25,17 Mk. Gegen März 1911 ergibt sich eine Erhöhung der Haushaltskosten um 1,65 Mk. oder 7,01 Proz. pro Woche. Mit hin sind die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes, die schon bei einer kleinen Familie fast den ganzen Wochenverdienst eines Vollarbeiters absorbieren, rächer gestiegen als der Durchschnittslohn. In Eisenfönden erhöhten sich die Haushaltskosten von 21,93 auf 25,38 Mark oder um 15,73 Prozent. Ähnlich liegen die Dinge auch in den anderen Steinkohlenrevieren. In Obereschleien war eine Steigerung des durchschnittlichen Verdienstes von 18,54 auf 19,48 Mark pro Woche zu verzeichnen. In Niederschlesien ergab sich eine Zunahme von 19,15 auf 19,77 Mk.

Die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes entwickelten sich in einigen wichtigeren Städten der Provinz Schlesien in Marx. wie folgt:

| | März 1911 | 1912 | März 1911 | 1912 |
|----------|-----------|-------|-----------|-------------|
| Neuthein | 21,06 | 23,67 | Kattowitz | 23,22 25,83 |
| Preßlau | 24,36 | 25,77 | Wienitz | 22,83 24,75 |
| Meinitz | 22,50 | 24,60 | Zabrze | 22,56 24,36 |

Weitentlich ungünstiger war das Verhältnis von Lohnniveau und Haushaltskosten in den Braunkohlenrevieren. In O.-B.-A. Halle stieg der durchschnittliche Wochenverdienst von 21,15 Mf. im ersten Vierteljahr 1911 auf 21,77 in der Vergleichsperiode 1912. Die Haushaltskosten stellten sich im März 1912 auf 26,31 Mf. pro Woche gegen 25,39 Mf. im Vorjahre. Für Zeis ergab sich eine Steigerung von 22,35 auf 25,05 Mf. Im linksrheinischen Braunkohlenbecken beliefen sich die Arbeitslöhne im ersten Quartal 1912 auf durchschnittlich 23,23 Mf. pro Woche gegen 22,38 Mf. im Vorjahre. Die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes berechneten sich für Bonn im März 1912 auf 27,24 Mf. gegen 23,85 Mf. im entsprechenden Monat 1911. Mitbin überwiegen in Schlesien und im mitteldeutschen und linksrheinischen Braunkohlenrevier die Kosten des Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie bereits den Arbeitsverdienst eines Bergarbeiters ganz erheblich, obwohl erstere nur für eine Familie mit zwei Kindern berechnet sind. Miete, Steuern, Kleidung usw. sind dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 18. Juni 1912.

Recht schöne Erfolge hatte der Gewerkschein der Deutschen Bauhandwerker in Dinterponern zu verzeichnen. Am Freitagmontag tagte in Kummelsburg i. V. der Bezirksrat, wobei erfreulicherweise festgestellt werden konnte, daß innerhalb Jahresfrist 200 Mitglieder gewonnen wurden. In zwei Orten, und zwar in Stolpmünde und Lauenburg wurden Verträge abgeschlossen, welche den Kollegen erhebliche Vorteile bringen. In 7 Orten des Bezirks wird zurzeit eine lebhaftere Agitation entfaltet, von der sich die Bezirksleitung weitere Erfolge verspricht.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir die Ortsvereine und Ortsverbände nochmals ermahnen, dem Gewerkschein der Deutschen Bauhandwerker auf sein Rundschreiben umgehend Antwort zu erteilen. Die Leitung des Gewerkscheins beabsichtigt an all den Orten, wo der Gewerkschein noch nicht vertreten ist, den Versuch zu machen, Zahlstellen beim Ortsvereine zu errichten. Dies kann aber nur möglich gemacht werden, wenn sämtliche Ortsverbände die Bemühungen des Gewerkscheins der Deutschen Bauhandwerker nachdrücklich unterstützen.

Gestern abend trat in Berlin in den Concordia-Festhallen der 9. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zusammen. Von dem Schulze Delitzsch'schen Verbände haben sich diese Genossenschaften getrennt, um die Bewegung gleichzeitiger auch in den Dienst des Klassenkampfes stellen zu können. Es gab eine Zeit, in der die Sozialdemokraten von den Ideen Schulze Delitzsch's überhaup nicht wissen wollten. Der häßliche Kampf, den Ferdinand Lassalle gegen Schulze Delitzsch führte, ist inzwischen durch die Sozialdemokraten, die sich des Genossenschaftswesens erfolgreich angenommen haben, ad absurdum geführt worden. Was würde der liberale Begründer des Genossenschaftswesens heute sagen, wenn er leben könnte, wie seine schärfsten Widersacher sich heute seiner Idee bemächtigt haben. Diese Idee war stärker als alles agitatorische Phrasengeklügel der geliebten Klassenkämpfer. Der in Berlin tagende Verband hat seine Mitgliederzahl von 575 540 im Jahre 1908 auf 1 324 722 im Jahre 1911 steigern können. Der Jahresumsatz stieg in derselben Zeit von 176 auf 506 Millionen Mf. Der „Vorwärts“ weist in seinem Begrüßungsartikel auf die Beschüsse des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen und des Parteitagess in Magdeburg von 1910 hin, damit den Genossenschaftlern in Erinnerung bleibt, daß die Konsumvereine ein wirksames Mittel zur Unterstützung im Klassenkampf sein müssen. Vielleicht schmerzt es den „Vorwärts“, wenn er sehen muß, daß an dem Kongresslokal die deutsche Reichsflagge schwarz-weiß-rot und die Flaggen der deutschen Bundesstaaten, auch die schwarz-weiße von Preußen, wehen. Von dem Personenkultus, der mit Marx und Lassalle getrieben wird, merkt man auf diesem Kongresse zu seinem Vorteile nichts. Jedenfalls gibt sich die Leitung des Kongresses alle Mühe, den roten Charakter derselben, den der „Vorwärts“ von ihm verlangt, mit den Reichs- und Landesfarben zu ver-

decken. Taran tut er gut. Ein parteipolitischer Konsumverein ist ebenso unmöglich, wie eine parteipolitische Gewerkschaft. Warum aber war, so darf man heute fragen, eine Trennung der stromjückervereine vom Schulze Delitzsch'schen Verbände nötig, wenn man nichts weiter vorhatte, als die Idee des liberalen Volksmannes zu verwirklichen?

Professor Brentano gegen Alexander Tille. Herr Dr. Alexander Tille, der in höchst einseitiger Weise die Interessen der Unternehmer vertritt und eine scharfe Geistesgebildung gegen die Arbeiterorganisationen fordert, hat sich schon hineingelegt in einen Prozeß, den gelbe Medakture gegen Professor Brentano führten. Als Junge hat Herr Dr. Tille unter Eid gegen Brentano erklärt, daß dieser sich ausschließlich damit beschäftigt, „die Erlöse eines angeblichen Klassenkampfes und einer Erpreßpolitik“ dauernd zu machen. Freilich habe er die vermögensrechtliche Konsequenz daraus nicht gezogen, er wolle namentlich die Arbeiter nicht haftbar machen für die Innehaltung des Vertrages. Professor Brentano macht nun darauf aufmerksam, daß Herr Dr. Tille bei diesen eidlichen Aussagen einen ganzen Stoß seiner (Brentanos) Schriften vor sich liegen gehabt habe. Ein Buch, das er bei seinen falschen Behauptungen gegen ihn in der Hand gehalten habe, enthalte nun aber gerade eine Erklärung, daß er die Arbeiterorganisation für die Innehaltung des Vertrages haftbar machen wolle. In diesem Buche hat Professor Brentano gejaagt:

„Erkennt man die Organisation der Arbeiter als die berufenen Vertreter beim Abschluß des Arbeitsvertrages an, so ist selbstverständlich, daß sie für die Innehaltung des Vereinbarten wie jedweder Kontrahent haften müssen. Und wenn auch die einzelnen Arbeiter nichts haben, was zur Haftung herangezogen werden könnte, so besitzt doch ihre Organisation Vermögen. Für die Ergründbarkeit der im kollektiven Arbeitsvertrag festgelegten Arbeitsbedingungen wäre also gesorgt.“

Brentano erklärt, daß er diesen Standpunkt schon seit 38 Jahren vertreten habe. Wenn trotzdem Dr. Tille das Gegenteil behauptet, so müsse er wissen, daß das falsch sei, wenn er Brentanos zur Vernehmung mitgebrachte Schriften auch nur oberflächlich — gelehen habe!

Arbeiterbewegung. In Berlin ist es nach fünfwöchentlichem Kampfe im Baugewerkschaftsbereich zu einer Einigung gekommen. Es wurde ein Tarif vereinbart, der die Arbeitszeit um 1 Stunde auf 3 Stunden wöchentlich reduziert. Der Lohn für Ladierer soll 6 Pf. bzw. für Jungausgelernte im ersten Vierteljahr 60 Pf. pro Stunde betragen. Leberlöhne werden mit 25 Prozent und Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Zuschlag bezahlt. — Im Berliner Dachdeckerergewerbe sollte am 11. Juni verhandelt werden. Auf die Frage an die Vertreter der Arbeiter, welche Stellung sie zu den Vorlägen der Arbeitgeber einnehmen, erfolgte die Antwort, daß die Arbeiter an ihren Forderungen festhalten. Darauf erklärten die Unternehmer, daß auch sie an ihren Forderungen festhalten würden. Damit hatte die Verhandlung nach kaum 10 Minuten ihr Ende erreicht. — Der Streik der Kürschner in Weiskensfel hat am Sonnabend durch Vereinbarung eines auf 3 Jahre gültigen Tarifvertrages sein Ende gefunden. Der Kampf, an dem 200 Gehilfen und Hilfsarbeiter beteiligt waren, dauerte 10 Wochen. Unsere Gewerksvereine der Schneider und der Schuhmacher- und Lederarbeiter waren daran erheblich beteiligt. Erreicht wurde eine Erhöhung der Gehilfenlöhne von 6 und 7 Proz. und der Hilfsarbeiter von 5—10 Proz. Die Arbeitszeit ist von 10½ Stunde auf 10 Stunden herabgesetzt worden. Die Verhandlungen dauerten am Sonnabend bis spät in die Nacht hinein. — Die Görliker Maschinenbauanstalt und Eisengießerei läßt in der Presse mitteilen, daß der seit Ostern bestehende Streik im „Abblauen“ begriffen sei. Von den 1500 Arbeitern seien nur noch 600 im Ausstand. Die Fabrikleitung hat natürlich ein Interesse daran, ihre Sache so günstig wie möglich darzustellen. — In Hannover hat sich nichts geändert. Nach einer Mitteilung aus Magdeburg macht der Gesamtverband Deutscher Industrieller bekannt, daß zur Unterstützung des Vereins der Metallindustriellen von Hannover am Abend des 22. Juni in sämtlichen der Verbandsgruppe Hannover, Halle und Magdeburg angehörenden Betrieben die Entlassung von 60 Proz. der Arbeiterkraft erfolgen soll, wenn bis dahin der Kampf in Hannover nicht beendet ist. — Beim Eisenhüttenwerk Thale a. S. hatten 400 Arbeiter des Walzwerks gestreikt. Weil ihnen die verlangte 10prozentige Lohnerhöhung abgelehnt worden war. Bisher ist es zu einer Einigung nicht gekommen, so daß es am Ende der Woche wohl zur Arbeitseinstellung kommen wird.

In Lauenburg fanden am Sonnabend, den 15. Juni Verhandlungen der Dachdecker statt. Die Arbeitgeber sind bereit, einen Stundenlohn von 48 Pfennig in der Stadt und einen solchen von 35 Pf. mit voller Verköstigung für das Land zu bezahlen. Der Lohn für Hilfsarbeiter soll 44 für die Stadt und 31 Pf. für das Land betragen. Die Arbeitszeit wird von 11 auf 10½ Stunden herabgesetzt. Die streikenden nahmen das Angebot in einer Versammlung an: einige Wünsche der Arbeiter sollen noch berücksichtigt werden. Neue Verhandlungen finden an diesem Donnerstag statt.

In den englischen Häfen ist der Zustand noch unverändert. In einem Generalstreik ist es nicht gekommen. In den Streifen der Regierung ist man der Meinung, daß unbedingt eingegriffen werden müsse, um eine beiderseitig befriedigende Lösung zu finden. Vorläufig aber müsse man die Sache noch den Streitenden überlassen, ob sie nicht selbst zu einer Verständigung kommen. — In den französischen Häfen geht der Kampf auch weiter. Das französische Marineministerium stellt Matrosen und Heizer der Staatsmarine zur Verfügung, um die Streikenden auf dem Postdampfer „Brouence“ zu ersetzen. Die Seeleute sind darüber sehr erregt. Am Sonntag fand in Paris eine Versammlung der großen Syndikate statt, in welcher über den Generalstreik verhandelt und abgestimmt werden sollte. — Aus Breit (Frankreich) wird gemeldet, daß die Meeder den Ausständigen 15 Frs. monatlich zulegen wollen und daß die eingedrückten Seeleute die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Handlungsgehilfen und Arbeiter. Auf der dritten Tagung des Samabundauschusses sprach als letzter Redner der Schriftleiter des Vereins für Handlungsgehilfen von 1858 in Hamburg, Henry Schaper, über die Angelegenheiten. Und er sprach dies: „Es muß verhindert werden, daß zahlreiche Scharen von Angestellten immer mehr in das Proletariat herabsinken. Die vielfachen Wege, die zu den Arbeitermassen führen, müssen verbaut und eine feste Brücke zur Arbeitgebererschaft geschlagen werden!“
Gelb, gelb und noch gelber!

Der badische Landtag hat einen Ausflug unternommen nach dem Saublick der Schind-warenindustrie Deutschlands, dem biblischen Städtchen Pforzheim. Die Einladung dazu war von Pforzheim auszugehen. Regierung und Abgeordnete nahmen daran teil. In der staatlichen städtischen Gewerbebehörde bewillkommnete Minister Frhr. v. Bodmann die Abgeordneten beider Kammern. In dieser Säule werden 300 junge Pforzheimer Arbeiter auf dem Gebiete des Zeichnens, Modellierens, Entwerfens und Ausführens ausgebildet, damit die Goldstadt den so vielfältigen bewährlichen, im Jahre mehrmals wechselnden Bedürfnissen des Weltmarkts gerecht werden kann.

„Unter Absatzgebiet ist die ganze Welt. Wir haben keinen eigenen Stil. Wir machen das, was die Kundschäft will. In dieser Anpassungsfähigkeit liegt unsere Ueberlegenheit gegenüber der französischen und englischen Konkurrenz“, erklärte, wie die „Frankf. Sta.“ mitteilt, Herr Oscar Benntner, der als Sprecher der Fabrikantenschaft in meisterhaft knappen Zügen vor den Gästen ein Bild der Pforzheimer Industrie entwickelte und dabei auch mit respektablem Freimut den Parlamentariern jeder Richtung erklärte: „Wir beanpruchen keinen Zollschutz. Aber wir wünschen im Interesse unserer Industrie, daß die neuen Handelsverträge langfristige werden und alle die Meistbegünstigungs-klausel enthalten!“ Und weiter: „Die Frage der Selbständigmachung der Erfindung ist bei uns nicht die Frage des Kapitals, sondern der persönlichen Tätigkeit. In dem Empordringen der arbeitenden Klasse liegt die Gewähr unjener Leistungsfähigkeit.“ Das ist der Schlüssel der industriellen und gesellschaftlichen Physiognomie Pforzheims überhaupt. Wer ratter, der stolzt.

Die Mehrzahl der heute blühenden Betriebe wurde von einfachen Arbeitern ins Leben gerufen. Von den zwölf Etablissements, die durch die Umstände in verschiedenen Gruppen beidseitig sind, sind gerade die größten jungen Datums, in den 80er Jahren entstanden, darunter nur drei ausschließlich von Kaufleuten, zwei von einem Kaufmann und einem Techniker zusammen und sieben nur von einem ehemaligen Arbeiter gegründet. Ein gewaltiger Lohnkampf liegt, kaum vergessen, aber doch wohl im wesentlichen verbunden, hinter diesen Soldaten und Offizieren der Arbeit. Wer in diese Gesichter schaut und die ganzen Menschen einschätzt, wird fühlen und verstehen, daß der Kampf mit äußerster Entschlossenheit, aber auch mit verhältnismäßiger Besonnenheit geführt werden konnte. Heute

Gewerkevereins-Zeil.

dreht sich das vielgestaltige Räderwerk, als ob es nimmer Stillstand gäbe, und zu Massen häuft sich der gleitende Sand, der ebenso Magde oder die Stütten weltlicher Freuden zu zieren bereit ist, der in der ganzen Welt, in Paris, London, Petersburg, in Indien, wie in den amerikanischen Seemärländern des Goldes zurückkehrend den Damen der ganzen und der halben Welt Begehrtheit und Entzücken weckt, der dem Raffinement abgefärbter oder bläulicher Schlüchtheit nicht minder entgegenkommt, wie er sich dem kindlichen Geizhals halbwilliger oder ganz wilder Völker nach dem bunten, Plüschigen und Barbarischen gefällig zeigt. „Wir haben keinen eigenen Stil, wir machen das, was die Kunde schaft will!“

Die Maschinenfabrik H. Wolff in Magdeburg. Verkauf feierte am 16. Juni ihr 50jähriges Bestehen. Der Begründer Rudolf Wolff war neben 8 anderen Kindern der Sohn eines Magdeburger Professors. Die ihm zugedachte Gelehrtenlaufbahn hat ihn nicht reizen können, er habe Maschinenbauer werden wollen. Als er dies seinem Vater sagte, war dieser ganz ratlos, weil er gar nicht wußte, was man unter einem Maschinenbauer zu verstehen habe. Rudolf Wolff wurde Maschinenbauer und als er sich nach beendeter Lehrzeit und nach Beschäftigung in verschiedenen Betrieben selbständig machte, begann er seinen Betrieb mit 10 Arbeitern. Heute sind in dem Betriebe 374 Arbeiter und 37 Angestellte beschäftigt. Die Firma gilt als eine der bedeutendsten ihrer Art in der ganzen Welt.

In Frankreich will man endlich den Vergleichen entgegenkommen. Der gegenwärtige Minister für Arbeit und soziale Hygiene, der wackere Leon Bourgeois, erklärte im Verghausauschuss der Kammer, daß die Regierung den Wünschen der Vergleiche in der Frage der Ruhegehälter in möglichst weitem Maße willfahren wolle. Es werde darauf gedrungen, daß die Kammer das Gesetz noch vor den Ferien erledige, und daß der Senat auch das Gesetz über den Achtundzestigsten annehme. Soffentlich kann dieser bürgerliche Minister seine Pläne durchsetzen. Die sozialistischen Minister haben in der Verbesserung der sozialen Gesetzgebung bekanntlich gar nichts leisten können.

Gegenwärtig laufen die Sozialdemokraten Frankreichs Sturm gegen den Kriegsminister, ihren ehemaligen Genossen Millerand, der nicht nur die Maschinen, sondern auch die Antimilitaristen zur Deportation verurteilen lassen will.

Die Eltern berühmter Italiener. Wie der römische Korrespondent des Berl. Tageblatt seinen Blatte schreibt, hat der bekannte Schriftsteller Enorato Nour bei Venedig die Biographien berühmter zeitgenössischer Italiener veröffentlicht. Ein Werk, dem höchst interessante Einzelheiten zu entnehmen sind. Nicht weniger als zwei Drittel der von Nour erwähnten zweihundert berühmten Männer sind von armer oder gar von armer Herkunft. Der berühmte Alronovici Schiavarelli war der Sohn eines Ziegelbrenners, der demokratische Parteiführer und spätere Minister Baccarini der Sohn eines Hausierers, der Schöpfer der modernen italienischen Flotte, Benedetto Brin, der Sohn eines Portiers. Der Vater des Neapler Philosophen und Gelehrten Bovio war Erdarbeiter, der des heute so viel genannten Politikers und Kriminalisten Enrico Ferri Magazinsbesitzer, der des jüngst verstorbenen Justizministers Gianluce Faldinaiter, der des großen Philanthropen Monignone Bonomei Feldarbeiter, der des im Duell gebliebenen Dichters und Parlamentariers Felice Cavallotti Schreiber ohne einen Pfennig Geld, der des bekannten Glottologen von Bologna, Professor Trounbelli war Handwerker. Daselbe in der Künstlerwelt: Verdis Vater war Dorfwirt, Mascagnis Vater Bäcker, der Vater des heute nicht nur in Italien, sondern in der ganzen Welt bekannten genialen Veroneser Malers Angelo dall' Oca Bianca war Wagenbauer, die Luce, die Hiltori und Tommaso Salovini stammten aus dem allerbekanntesten Theatermilieu, der Orientaler Jonaro war Maurer wie Lenbach und Giovanni Segantini bildete gar die Schwägerin wie Papst Sixtus V. Der Verfasser hätte übrigens auch noch Pius X. aufnehmen können, dessen Vater Landbriefführer war, und dessen Familie noch heute ein kleines Dorfwirtschaftsbetrieb. Oder den in den ersten Kriegsmoateten verstorbenen italienischen Admiral Andry, dessen Vater gar in Neapel das Publikum rasierte. Ein Vetter, das Herrn v. Heeringen und den Seimigen geradezu Tränen entlockt hätte, aber bei den leitenden Kreisen des italienischen Kriegs- und Marineministeriums keinerlei Anstöß erregte.

Berlin. Der Zentral-Arbeitsnachweis der Berliner Ortsvereine (S. D.), der unter voller Wahrung der von den Deutschen Gewerkevereinen hochgehaltenen Neutralität in aller Stille im Interesse unserer arbeitenden Genossen und anderer Beschäftigungsloser Arbeiter und Arbeiterinnen seine segensreiche Tätigkeit entwickelt, vermag auch bezüglich des letztvergangenen Jahres auf sehr erfreuliche Erfolge zurückzuführen. Durch seine Vermittlung konnten in dem genannten Zeitraum zirka 1200 Personen in Arbeit gebracht werden. Bei dem zunehmenden Andrang der hiesigen unfreiwillig feienden sowie der aus der Provinz zuwandernden Verbandskollegen mußte der Verband auf die Beschaffung größerer Aufnahmestellen bedacht sein. Es fand sich hierzu eine günstige Gelegenheit insofern, als durch die Verlegung des Bureaus der kombinierten Berliner Ortsvereine der Maschinenbauer freigewordenes Zimmer gegen eine Miete von jährlich 120 Mk. in Benutzung genommen werden konnte. Dieser Kostenpunkt reißt natürlich ein großes Loch in die dem Zentral-Arbeitsnachweis nur in recht bescheidenem Maße zur Verfügung stehenden Finanzen. Gleichwohl wurde von der Generalsammlung eine Erhöhung des Beitrages nicht beliebt, dagegen appellierten verschiedene Redner in warmherzigen Worten, unter voller Anerkennung der vom Vorstand in anderer Beziehung geübten Sparsamkeit, an den opferfreudigen Vorkämpfer des Wohlstandes der Ortsvereine und Einzelpersonen zuquiten des Zentral-Arbeitsnachweises. Von dem letzteren werden Sonderbesenden und Stützungen um so dankbarer entgegenzunehmen werden, da dieselben in Erfüllung einer humanen Pflicht gänglich mittellose Arbeitsuchenden eine Unterbringung gewährt wird, so beispielsweise wenn es sich darum handelt, einem der Armen durch Bewilligung des Fahrgeldes zum Antritt einer fahrlanten Stelle zu verhelfen. Aber auch das Verweilen im Arbeitsnachweis selbst soll den Arbeitslosen noch Kräfte angenehm gestaltet werden. In scheinbarer Fürsorge läßt es sich über Vermittler, Kollegen Anger mann, ansetzen sein, durch schöne Gesellschaftsspiele usw. den Anmehrenden interessante Anregung zu geben. Ebenso ist mit Errichtung einer Bibliothek bereits ein Anfang gemacht worden; unter anderem identisch in lausender Weise der Ortsverein der Schuhmacher und Lederarbeiter Berlin Nord 20 Bände, Zumbendungen von guten Büchern werden uns herzlich willkommen sein. Durch den Anschluß des Ortsvereines Berliner Konditoren und Bäcker hat der Zentral-Arbeitsnachweis einen freudig zu begrüßenden Zuwachs und infolge eines lebendigen Beitrages eine weitestläufige finanzielle Stärkung erfahren, was wir mit Genugtuung besonders erwähnen wollen. Leider aber — es muß einmal gesagt werden — scheint noch für einen großen Teil der Verbandskollegen der Zentral-Arbeitsnachweis als ein wenig zu beachtendes, im Verborgenen flüchtendes Wesen zu gelten. Für diese Vermutung spricht zum Beispiel die Tatsache, daß in unseren Generalsammlungen kaum zwei Drittel der angeschlossen Ortsvereine durch Delegierte vertreten sind, während von seiten unseres Hauptbüros, Kollegen Mäktor, mit gewohnter Pünktlichkeit die Einladung aller Vereine nach und diese im Entschuldig von Delegierten erfüllt werden. Die zu erhaltenden Berichte liefern das lehrreiche Ergebnis, daß durch planvoll organisierte Arbeitsvermittlung den Gewerkevereinen eine lobenswerte Errungnis an Arbeitslosenunterstützung zuzute kommt. Und endlich sollte man nicht übersehen, daß namentlich der Berliner Zentral-Arbeitsnachweis sich die Aufgabe gestellt hat, möglichst auf Grund vereinbarter Posttarife unter menschenwürdigen Umständen das Recht auf Arbeit zur Geltung zu bringen.

Döbeln. Am 9. Juni tagte in Großenhain die diesjährige Konferenz der Ortsverbände Döbeln, Großenhain, Meißen und Rößwein. Meißner war leider unvertreten. Für den sächsischen Landesverband erschien dessen Vorsitzender, Kollege Spilger, Dresden. Kollege Clajus, Rößwein eröffnete die Verhandlungen. In die Geschäftsleitung wurden wiedergewählt die Kollegen Hanke als 1. und Clajus als 2. Vorsitzender. Als Schriftführer wurde Kollege Riedel, Döbeln neu gewählt. Letzterer hielt alsdann zu Punkt 2 einen Vortrag über „Die Gewerkevereine im öffentlichen Leben“. Redner betonte einleitend seiner beifällig aufgenommenen Ausführungen, daß die Deutschen Gewerkevereine mehr denn je alle Ursache haben, sich im öffentlichen Leben zu betätigen. Diese Betätigung erwiderte sich einmal auf kommunalen Wegen, zum anderen auf die gesetzgebenden resp. parlamentarischen Körperschaften. In ersterem Falle sei darauf zu achten, daß bei Wahlen, seien es Stadtverordneten-, Gewerkegerichts- oder Krankenkaßenvorstandswahlen, die Gewerkevereine resp. Ortsverbände von Fall zu Fall entscheiden, mit welchen Gruppen von Vereinigungen man nach Lage der Sache zusammengehen kann, aber ein gewisses Bündnis auf längere Zeitdauer mit den verschiedenartigen Vereinen auf keinen Fall einzugehen sei. Redner wies ferner nach, wie man in kommunaler Beziehung sich in den Mietervereinen und Baugenossenschaften betätigen kann, daß man damit unserer Organisation im öffentlichen Leben eine Stellung mit einräumt und somit auch die ihr gebührende Achtung verschafft. In Bezug unserer Haltung den gesetzgebenden Körperschaften gegenüber ist ja von jeher versucht worden, durch Eingaben bessere Verhältnisse für die unemittelte Bevölkerung zu schaffen, aber in bezug auf politische Betätigung habe man durch die fortwährenden Neutralitätsbetätigungen die Mittel der politischen Betätigung ein großer Teil derselben geht am politischen und Parteileben achtlos vorüber, und man erblidet in der politischen Betätigung der einzelnen Kollegen ein Vergehen gegen unsere Neutralität. Dieser Gedanke sei aber mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, und mehr als bisher müssen unsere Kollegen versuchen, mit anderen Kreisen zusammenzukommen, um so unsere Gedanken in denselben zum Ausdruck zu bringen. Dies läßt uns dann wiederum nahe, alle anderen Erscheinungen, die schließlich nur Nachteile für uns bringen könnten, von der Hand zu weisen. Redner wies zum Schluß seiner Ausführungen darauf hin, daß, wenn allort in den Ortsverbänden und Vereinen in diesem Sinne gearbeitet würde, wir auch die Stelle im öffentlichen Leben einnehmen würden, die uns und unserer guten Sache gebührt.

An den Vortrag knüpfte sich eine lebhafte Debatte, an welcher die Kollegen Spilger, Dresden, Retter-Großenhain, Clajus, Rößwein und Riedel, Döbeln teilnahmen und sich dabei im wesentlichen auf den Standpunkt des Referenten stellten. Es folgten die Berichte der Vertreter über die Agitation. Mancher erfreuliche Erfolg konnte verzeichnet werden. Die nächste Konferenz soll in Riesa stattfinden. Der Vorsitzende, Kollege Hanke, forderte am Schluß der Sitzung zur Ausdauer im Kampfe für die Gewerkevereinsbewegung auf und schloß mit Dankworten an die Anwesenden nachmittags 3 1/2 Uhr die Konferenz. R. A.

Hamburg. Die Lohnbewegung im Hamburser Hafen ist beendet und sind zum Teil ansehnliche Verbesserungen erzielt worden, ohne daß es zu einer nennenswerten Arbeitsniederlegung gekommen ist. Vom Gewerkeverein war der erit vor einigen Monaten gegründete Verein der Hamburg-Altonaer Maschinenisten mit etwa 50 Mitgliedern an der Bewegung beteiligt. Bei dieser Bewegung hatte der junge Verein nicht die Aufgabe, besonders hervorzutreten, sondern seine Stellung war eine mehr abwartende, vor allen Dingen mußte dafür gesorgt werden, daß nichts geschehe oder abgeschlossen wurde ohne die Gewerkevereine. Dann hatte ja auch der Verband der Maschinenisten und Geizer (soz.) die Bewegung für das im Hafen beschäftigte Maschinenpersonal eingeleitet ohne den Verein der Maschinenisten zu fragen und hatten wir schon aus diesem Grunde keine Ursache, Dummheiten, die während der Bewegung vom Maschinenistenverband gemacht wurden, zu unterstützen. Was wir erreichen wollten, ist erreicht. Bei den Verhandlungen waren von uns die Kollegen Brandt, Burgardt, Gießelhoff und Reutken anwesend. Der Vertrag wurde abgeschlossen zwischen dem Hafenbetriebsverein Hamburg und dem Verein der Hamburg-Altonaer Maschinenisten von 1911 (S. D.), sowie zwischen dem Hafenbetriebsverein und dem Verband der Maschinenisten und Geizer. Als Vertreter des Gewerkevereins unterzeichnete den Vertrag, sowie den Mindestlohnvertrag, der Kollege Reutken, vom Verein der Maschinenisten die Kollegen Behrens und Besold. Bei allen Streitigkeiten, die sich aus dem Arbeitsverhältnis oder über die Auslegung des Vertrages und des Mindestlohnvertrages ergeben, ist zu der Schlichtungskommission ein Gewerkevereiner zuzuziehen. Der Vertrag beginnt am 2. Juni 1912 und endet am 1. April 1915. Wenn derselbe nicht 3 Monate vorher gekündigt wird, verlängert er sich immer um 12 Monate. Der Mindestlohnvertrag ist besonders abgeschlossen und soll derselbe im „Gewerkeverein“ veröffentlicht werden. Es sei noch bemerkt: Der Verband der Maschinenisten und Geizer hat den Lohnvertrag unter seine Mitglieder verteilt und greift bei dieser Gelegenheit zu Fälschungen. Die tariflichen Abmachungen enthalten keine Bestimmung über die Arbeitsvermittlung. Trotz alledem bringt der Verband der Maschinenisten und wie wir annehmen müssen, die Zählstelle Hamburg es fertig, bei dem Tarifvertrag einen Rufus unterzubringen, der wie folgt lautet: „Bei Verbalzen wird der Arbeitsnachweis des Verbandes der Maschinenisten und Geizer benutzt.“ Diesen Rufus haben die Vertreter des Verbandes der Maschinenisten und Geizer ohne jede Betätigung im Vertrag aufgenommen. Es soll dadurch der Glaube erweckt werden, als wenn bei freigeordneten Stellen nur der Arbeitsnachweis des Verbandes der Maschinenisten und Geizer dürfte benutzt werden. Dieses ist Klunferei. Der Verein der Maschinenisten von 1911 hat von allen maßgebenden Stellen die Versicherung, daß der Arbeitsnachweis des Vereins bei Verbalzen vor allen Dingen berücksichtigt werden soll. Die Aufgabe unserer Kollegen muß nun darin bestehen alle im Hafengebiet beschäftigten Maschinenisten auf unseren Arbeitsnachweis, der sich bei Herrn Schepfer, Scharmack 30, befindet, aufmerksam zu machen. Desgleichen haben unsere Kollegen die Verpflichtung, die große Menge der noch nicht organisierten Maschinenisten auf unseren Verein aufmerksam zu machen. Der Verein muß gestärkt werden, wir müssen ausschlaggebend werden beim Maschinenpersonal und dieses können wir erreichen, wenn jeder Kollege versucht, dem Verein neue Kollegen zuzuführen. Wir lassen gleich den Mindestlohnvertrag für die Hafenspleißfabrik in Hamburg-Altona folgen:

Arbeitszeit.

Die Arbeitszeit dauert von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei Arbeiterbeförderung von 5 1/2 morgens bis 6 1/2 Uhr abends, d. h. das Schiff muß um 6 Uhr, bei Arbeiterbeförderung um 5 1/2 Uhr, betriebsfähig sein.

